

APL Germany e.V.

Vereinsatzung

Die letzte Änderung der Vereinsatzung wurde vom Amtsgericht Düsseldorf am ... unter VR 5979 in das Vereinsregister eingetragen.

Inhaltsverzeichnis

I Name und Zweck	1
§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr	1
§ 2 Zweck des Vereins	1
§ 3 Finanzierung	1
II Mitgliedschaft	2
§ 4 Arten der Mitgliedschaft	2
§ 5 Erwerb der Mitgliedschaft	2
§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft	2
§ 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder	2
III Organe	2
§ 8 Organe des Vereins	2
§ 9 Mitgliederversammlung	2
§ 10 Einberufung der Mitgliederversammlung	3
§ 11 Außerordentliche Mitgliederversammlung	3
§ 12 Beschlussfassung der Mitgliederver-	3
sammlung	3
§ 13 Vorstand	3
§ 14 Zuständigkeit des Vorstandes	4
§ 15 Wahl und Amtsdauer	4
§ 16 Sitzungen und Beschlüsse des Vor-	4
standes	4
IV Datenschutz	4
§ 17 Datenschutz im Verein	4
§ 18 Daten persönlicher Mitglieder	4
§ 19 Daten institutioneller Mitglieder	5
§ 20 Daten von Nicht-Mitgliedern	5
§ 21 Rechte der Mitglieder	5
V Auflösung	5
§ 22 Auflösung des Vereins	5

I Name und Zweck

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen „APL Germany e. V.“.
- (2) Der Verein hat seinen Sitz in Düsseldorf.
- (3) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalendernjahr.

§ 2 Zweck des Vereins

(1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck des Vereins ist die Förderung der Computernutzungsform „APL“ (A Programming Language) und die Verbreitung des Verständnisses der Mensch-Maschine-Kommunikation.

(2) Der Satzungszweck wird insbesondere durch

1. Vorträge, Diskussionen und Arbeitskreise,
2. Herausgabe von Rundbriefen, Mitteilungsblättern und Forschungsberichten,
3. APL- Vorfürungen in Schulen, Instituten etc,
4. Förderung von Kontakten zu ähnlichen APL-Organisationen im Ausland,
5. Veranstaltung von APL-Kursen,
6. Herstellung von Kontakten zu Softwarefirmen, die APL anbieten,
7. Publikation der Mitgliederzeitschrift APL-Journal.

erfolgen.

(3) Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(4) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

(5) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins ist das Vermögen zu steuerbegünstigten Zwecken zu verwenden. Beschlüsse über die zukünftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.

§ 3 Finanzierung

Die erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch

1. Mitgliedsbeiträge,
2. Erträge aus Veranstaltungen, Kursen und Veröffentlichungen,
3. Spenden, Vermächtnisse und sonstige Zuwendungen.

II Mitgliedschaft

§ 4 Arten der Mitgliedschaft

(1) Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in persönliche, institutionelle und Ehrenmitglieder.

(2) Persönliche Mitglieder sind jene, die sich voll an der Vereinsarbeit beteiligen. Institutionelle Mitglieder sind solche, die die Vereinstätigkeit vor allem durch Zahlung eines erhöhten Mitgliedsbeitrages fördern. Ehrenmitglieder sind Personen, die hierzu wegen besonderer Verdienste um den Verein ernannt werden.

§ 5 Erwerb der Mitgliedschaft

(1) Mitglieder des Vereins können alle natürlichen Personen sowie juristische Personen sein.

(2) Voraussetzung für den Erwerb der Mitgliedschaft ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag, der an den Vorstand gerichtet werden soll. Bei beschränkt Geschäftsfähigen, insbesondere Minderjährigen, ist der Antrag auch von dem gesetzlichen Vertreter zu unterschreiben. Dieser verpflichtet sich damit zur Zahlung der Mitgliedsbeiträge für den beschränkt Geschäftsfähigen.

(3) Der Vorstand entscheidet über den Aufnahmeantrag nach freiem Ermessen. Bei Ablehnung des Antrags ist er nicht verpflichtet, dem Antragsteller die Gründe mitzuteilen.

(4) Die Ernennung zum Ehrenmitglied erfolgt mit einfacher Mehrheit durch die Mitgliederversammlung.

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod (bei juristischen Personen durch Verlust der Rechtspersönlichkeit), durch freiwilligen Austritt, durch Streichung oder durch Ausschluss.

(2) Der Austritt kann jederzeit erfolgen und wird sofort bei Mitteilung oder zum erklärten Datum wirksam.

(3) Die Streichung eines Mitgliedes kann der Vorstand vornehmen, wenn dieses trotz zweimaliger Mahnung länger als sechs Monate mit der Zahlung der Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist. Die Verpflichtung zur Zahlung der fällig gewordenen Mitgliedsbeiträge bleibt hiervon unberührt.

(4) Der Ausschluss eines Mitgliedes aus dem Verein kann vom Vorstand wegen grober Verletzungen der Mitgliedspflichten und wegen unehrenhaften Verhaltens vorgenommen werden. Gegen den

Ausschluss ist die Berufung an die Mitgliederversammlung zulässig, bis zu deren Entscheidung die Mitgliedsrechte ruhen.

(5) Die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft kann aus den im Absatz 4 genannten Gründen von der Mitgliederversammlung beschlossen werden.

§ 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins zu beanspruchen.

(2) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins Abbruch erleiden könnten. Sie haben die Vereinssatzung und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten.

(3) Von den Mitgliedern werden Jahresbeiträge erhoben.

(4) Die Höhe des Jahresbeitrags wird von der Mitgliederversammlung festgesetzt. Er wird zum 1. Januar eines jeden Jahres fällig. Bei Aufnahme eines neuen Mitglieds wird der gesamte Jahresbeitrag am Aufnahmetag fällig. Die Beiträge werden per Lastschriftverfahren eingezogen.

(5) Ehrenmitglieder sind von der Pflicht zur Zahlung von Beiträgen befreit.

(6) Der Vorstand kann in geeigneten Fällen Beiträge ganz oder teilweise erlassen oder stunden.

III Organe

§ 8 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.

§ 9 Mitgliederversammlung

(1) In der Mitgliederversammlung hat jedes volljährige Mitglied eine Stimme. Beschränkt Geschäftsfähige werden durch ihren gesetzlichen Vertreter vertreten. Zur Ausübung des Stimmrechts kann ein anderes Mitglied schriftlich bevollmächtigt werden. Die Bevollmächtigung ist für jede Mitgliederversammlung gesondert zu erteilen, ein Mitglied darf jedoch nicht mehr als drei fremde Stimmen vertreten.

(2) Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:

1. Genehmigung des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplanes für das nächste Geschäftsjahr, Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstandes, Entlastung des Vorstandes,
2. Festsetzung der Mitgliedsbeiträge,
3. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes,
4. Wahl von 2 Kassenprüfern,
5. Beschlussfassung über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins,
6. Beschlussfassung über die Berufung gegen einen Ausschließungsbeschluss des Vorstandes,
7. Ernennung von Ehrenmitgliedern.

§ 10 Einberufung der Mitgliederversammlung

(1) Mindestens einmal im Jahr, möglichst in den ersten vier Monaten, soll die ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben wird per E-Mail zugestellt. Es gilt als dem Mitglied zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Adresse gerichtet ist. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest.

(2) Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor einer Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen. Der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Anträge zur Ergänzung bekannt zu geben. Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung beschließt die Versammlung.

§ 11 Außerordentliche Mitgliederversammlung

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist vom Vorstand spätestens innerhalb von drei Monaten einzuberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn ein Zehntel der Mitglieder das gemeinsam schriftlich unter Angabe des Zweckes und der Gründe beantragt (Datum des Poststempels).

§ 12 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden, bei dessen Abwesenheit vom Stellvertre-

tenden Vorsitzenden oder dem Schatzmeister geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Versammlung den Versammlungsleiter. Bei Wahlen kann die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlganges und der vorhergehenden Diskussion einem Wahlausschuss übertragen werden.

(2) Auf Antrag kann offen abgestimmt werden.

(3) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 10% sämtlicher Vereinsmitglieder anwesend beziehungsweise durch Stimmrechtsübertragung vertreten sind. Bei Beschlussunfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet, innerhalb von vier Wochen eine zweite Mitgliederversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.

(4) Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im Allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegeben gültigen Stimmen. Zur Änderung der Satzung ist jedoch eine Mehrheit von 75% der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Die Auflösung des Vereins kann nur mit Zustimmung von 75% der Mitglieder beschlossen werden.

(5) Bei Wahlen ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Hat niemand mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, so findet zwischen den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt. Gewählt ist dann derjenige, der die meisten Stimmen erhalten hat. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das von dem Versammlungsleiter zu ziehende Los.

(6) Über Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom jeweiligen Schriftführer zu unterzeichnen ist. Es wird elektronisch an alle Mitglieder verschickt oder elektronisch auf die Speicherstelle hingewiesen. Gehen bis vier Wochen nach Versenden des Protokolls keine schriftlichen Einwände beim Schriftführer ein, so gilt es als genehmigt. Über Einwände und Korrektur des Protokolls entscheidet die nächste Mitgliederversammlung.

§ 13 Vorstand

(1) Der Vorstand des Vereins besteht aus dem Vorsitzenden, dem Stellvertretenden Vorsitzenden, dem Schatzmeister und dem Schriftführer.

(2) Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch zwei Mitglieder des Vorstandes vertreten. Die Vertretungsmacht des Vorstandes ist in der Weise beschränkt, dass zu Rechtsgeschäften

mit einem Gesamtwert über € 10 000 die Zustimmung der Mitgliederversammlung erforderlich ist.

§ 14 Zuständigkeit des Vorstandes

(1) Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, die nicht durch die Satzung der Mitgliederversammlung übertragen werden. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung sowie Aufstellung der Tagesordnung,
2. Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung,
3. Vorbereitung des Haushaltsplanes, Buchführung, Erstellung des Jahresberichtes,
4. Beschlussfassung über die Aufnahme von Mitgliedern,
5. Aufstellung des Haushaltsplanes,
6. Beschlussfassung über die Streichung von Mitgliedern,
7. Beschlussfassung in sonstigen Angelegenheiten von besonderer Bedeutung.

§ 15 Wahl und Amtsdauer

(1) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren, gerechnet von der Wahl an, gewählt. Er bleibt jedoch bis zur Neuwahl des Vorstandes im Amt. Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln zu wählen. Zu Vorstandsmitgliedern können nur Mitglieder des Vereins gewählt werden. Mit der Beendigung der Mitgliedschaft im Verein endet auch das Amt eines Vorstandsmitgliedes.

(2) Scheidet ein Mitglied des Vorstandes vorzeitig aus, so kann der Vorstand für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen einen Nachfolger wählen.

(3) Die Kassenprüfer werden von der Mitgliederversammlung, auf der der Vorstand gewählt wird, ebenfalls für die Dauer von zwei Jahren, gerechnet von der Wahl an, gewählt.

§ 16 Sitzungen und Beschlüsse des Vorstandes

(1) Der Vorstand beschließt in Sitzungen, die vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom Stellvertretenden Vorsitzenden, einberufen werden; die Tagesordnung braucht nicht angekündigt

zu werden. Eine Einberufungsfrist von einer Woche soll eingehalten werden. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei seiner Mitglieder anwesend sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei dessen Abwesenheit die des Stellvertretenden Vorsitzenden.

(2) Der Vorstand kann im schriftlichen Verfahren beschließen, wenn alle Vorstandsmitglieder dem Gegenstand der Beschlussfassung zustimmen.

IV Datenschutz

§ 17 Datenschutz im Verein

(1) Zur Erfüllung der Vereinszwecke und -aufgaben werden unter Beachtung der Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder des Vereins gespeichert und verarbeitet.

(2) Den Organen des Vereins oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als dem jeweiligen zur Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Diese Pflicht besteht auch über das Ausscheiden der oben genannten Personen aus dem Verein hinaus.

§ 18 Daten persönlicher Mitglieder

(1) Folgende Daten der Mitglieder werden gespeichert:

1. Vorname, Name, Anrede, ev. Titel, ev. Firma, Geburtsdatum, Eintrittsdatum
2. postalische Anschrift,
3. E-Mail-Adressen,
4. Kontoinformationen und gezahlte Mitgliedsbeiträge,
5. Bemerkungen zu aktuellen Kontaktausfällen (z.B. APL-Journal konnte nicht zugestellt werden),
6. Telefonnummern, falls zugestimmt.
7. Die Kontaktdaten persönlicher Mitglieder dürfen an alle Mitglieder weitergegeben werden.

(2) Folgende Daten bleiben nach Ausscheiden eines Mitglieds zur Dokumentation der Geschichte des Vereins gespeichert:

1. Vorname, Name, Anrede, ev. Titel,

2. Eintrittsdatum, Austrittsdatum, Austrittsgrund.

(3) Aus steuerrechtlichen Gründen bleiben zusätzlich 10 Jahre nach Ausscheiden gespeichert:

1. postalische Anschrift und E-Mail-Adressen,
2. gezahlte Mitgliedsbeiträge.

§ 19 Daten institutioneller Mitglieder

(1) Folgende Daten institutioneller Mitglieder werden gespeichert:

1. Name der Firma,
2. Vorname, Nachname, Anrede, ev. Titel, Postadresse (PLZ, Wohnort, Straße) des Ansprechpartners,
3. E-Mail-Adressen des Ansprechpartners,
4. Eintrittsdatum.
5. Die Kontaktdaten institutioneller Mitglieder dürfen an alle Mitglieder weitergegeben werden.

(2) Folgende Daten bleiben nach Ausscheiden eines Mitglieds zur Dokumentation der Geschichte des Vereins gespeichert:

1. Name der Firma,
2. Vorname, Name, Anrede, ev. Titel des Ansprechpartners,
3. Eintrittsdatum, Austrittsdatum, Austrittsgrund.

(3) Aus steuerrechtlichen Gründen bleiben zusätzlich 10 Jahre nach Ausscheiden gespeichert:

1. postalische Anschrift und E-Mail-Adressen,
2. gezahlte Mitgliedsbeiträge.

§ 20 Daten von Nicht-Mitgliedern

(1) Bei Nicht-Mitgliedern, die über Tagungen von APL Germany informiert werden wollen, werden Vorname, Nachname, Anrede, ev. Titel und E-Mail-Adressen gespeichert.

(2) Bei Nicht-Mitgliedern, die das APL-Journal erhalten, werden Vorname, Nachname, Anrede, ev. Titel, Firma, Postadresse (PLZ, Wohnort, Straße, Land) gespeichert.

(3) Von Autoren des APL-Journals werden gespeichert:

1. Vorname, Nachname, Anrede, ev. Titel, Firma, E-Mail-Anschrift, Postadresse
2. Eintragsdatum, Löschdatum

(4) Auf Tagungen und Mitgliederversammlungen werden Teilnehmerlisten mit Vorname, Nachname, Titel und Firma erstellt.

(5) Auf Wunsch der betroffenen Person werden die unter Abs. 1 - 3 genannten Daten unter Berücksichtigung der steuerrechtlichen Fristen gelöscht.

§ 21 Rechte der Mitglieder

Jedes Vereinsmitglied hat das Recht auf

1. Auskunft nach Artikel 15 DS-GVO,
2. Berichtigung nach Artikel 16 DS-GVO,
3. Löschung nach Artikel 17 DS-GVO,
4. Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DS-GVO,
5. Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 DS-GVO

und das Widerspruchsrecht nach Artikel 21 DS-GVO, soweit die in den jeweiligen Vorschriften beschriebenen Voraussetzungen vorliegen.

V Auflösung

§ 22 Auflösung des Vereins

(1) Die Auflösung des Vereins kann nur durch die Mitgliederversammlung mit Zustimmung von 75% aller Mitglieder beschlossen werden (Hinweis auf § 12 Abs. 4).

(2) Falls die Mitgliederversammlung nicht anders beschließt, sind der Vorsitzende und der Stellvertretende Vorsitzende gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.

(3) Das nach Beendigung der Liquidation vorhandene Vermögen fällt gemäß § 2 Abs. 5 steuerbegünstigten Zwecken zu.

(4) Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend, wenn der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.